

## **Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in Deutschland<sup>1</sup>**

### **I. Einführung**

1. Bedeutung des Urteils
  - eine der meist umstrittenen Verfassungsgerichtsentscheidungen in der europäischen Verfassungsgeschichte
  - Relativierung der Bedeutung durch die Lissabon-Entscheidungen des Conseil constitutionnel (Frankreich 2008), Ústavní Soud (Tschechien 2008, 2009) und Satversmes tiesa (2009) mit z.T. anderen Schwerpunkten
2. Vorgeschichte
  - ein Jahrzehnte langer Schlingerkurs des BVerfG zwischen Integrationsfreundlichkeit und -skepsis<sup>2</sup>
  - insbes.: das Maastricht-Urteil von 1993 und die Entscheidung zum Europäischen Haftbefehl von 2005
3. Hintergründe
  - Verfassungsrecht und Verfassungsgerichtsbarkeit zwischen Souveränitätsdenken und integrierter Staatlichkeit
  - die Rolle des Verfassungsgerichts: Fachgericht für Verfassungsfragen oder oberster Hüter der Rechtsstaatlichkeit?
  - problematische Elemente in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs<sup>3</sup>
  - Defizite im Recht und in der Konstruktion der Europäischen Union
    - insbes.: *Entparlamentarisierung und Gouvernentalisierung* in der Integration
    - insbes.: ein nichtstaatlicher föderaler Verband aber zentralisierter als mancher Bundesstaat

### **II. Inhalte und Analysen**

1. Keine weitere Diskussion der Problematik des Grundrechtsschutzes
2. Sicherung der umfassenden verfassungsgerichtlichen Kontrolle jeder Reform der Union
  - *verfassungsbeschwerdefähiges Recht des Bürgers* aus Art. 38 I GG
    - auf Erhalt substantieller Kompetenzen des Bundestages in der Integration
    - auf hinreichende demokratische Legitimation der Union
    - auf Wahrung der deutschen Staatlichkeit und der Staatstrukturprinzipien in der Integration
3. Deutschland bleibt souveräner Staat mit souveräner Staatsgewalt, eigenem Staatsgebiet und Staatsvolk
  - insbes. keine Übertragung der Kompetenz-Kompetenz auf die Union
4. Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit
  - mit mehr oder weniger europarechtsfreundlicher Konkretisierung...
5. Hervorhebung des Prinzips der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 I, II EUV neue Fassung)
  - "Schutzmechanismus zum Erhalt mitgliedstaatlicher Verantwortung", "vertraglicher Ausdruck der staatsverfassungsrechtlichen Grundlegung der Unionsgewalt"
6. Erforderlichkeit eines Zustimmungsgesetzes nach Art. 23 I S. 2 GG
  - a) bei autonomen Vertragsänderungen im vereinfachten Vertragsänderungsverfahren und Brückenverfahren (insbes. nach Art. 48 VI, VII EUV n.F., 81 III AEUV);
  - b) beim Gebrauch der durch den Vertrag von Lissabon erweiterten Flexibilitätsklausel (Art. 352 AEUV)
    - ohne dieses Gesetz darf Bundesregierung solchen Maßnahmen im Rat bzw. Europäischen Rat nicht zustimmen
    - Flexibilitätsklausel damit in ihrer praktischen Wirkung für Deutschland aufgehoben
7. *Bundesverfassungsgerichtliche Ultra-vires-Kontrolle* der Rechtsakte der Union
  - zusätzlich zur Kontrolle auf Wahrung der Verfassungsidentität in der Integration (Identitätskontrolle)
  - Anknüpfung an Maastricht-Urteil ohne Auseinandersetzung mit umfangreicher Kritik in der Wissenschaft
  - Einschreiten des BVerfG schon bei "ersichtlichen Grenzüberschreitungen"
    - EINWAND: Missachtung der ausschließlichen Prüfungscompetenz des EuGH mit Privileg des autoritativen Irrtums - Einschreiten erst ab Schwelle der Willkürlichkeit!<sup>3</sup>

<sup>1</sup> BVerfG, Urteil vom 30.06.2009, 2 BvE 2/08 und andere, BVerfGE 123 (= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 123. Band), [www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630\\_2bve000208.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html) und [/es20090630\\_2bve000208en.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208en.html) (englische Übersetzung).

<sup>2</sup> Siehe dazu meinen Vortrag "Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Beteiligung Deutschlands an der europäischen Integration" aus dem Symposium vom 16.11.2007.

<sup>3</sup> Siehe dazu meinen Vortrag "'Stoppt den Europäischen Gerichtshof'? Zu den Grenzen des Gehorsams gegenüber der Europäischen Gerichtsbarkeit" aus dem Symposium vom 28.11.2008, Teil II bzw. IV.2.

- Einschreiten nur des BVerfG
    - EINWAND: Übergriff in innerstaatliche Zuständigkeit der Fachgerichte - Verfassungsgericht nicht oberster Hüter der Rechtsstaatlichkeit!
  - SCHARFE KRITIK in der Rechtswissenschaft; Forderung nach Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes
8. *Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten aus Demokratieprinzip*
- = Grenzen der supranationalen Integration; schon vor den Grenzen aus dem Erhalt der staatlichen Souveränität
  - in den Mitgliedstaaten muss ausreichender Raum zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebensverhältnisse bleiben
  - problematische Bereiche: Strafrecht, Einsatz der Streitkräfte, Grundentscheidungen über Einnahmen, Ausgaben und Kreditaufnahmen des Staates, wesentliche sozialpolitische Entscheidungen, kulturell besonders bedeutende Entscheidungen (Sprache, Schul- und Bildungssystem, Familienrecht, Umgang mit Religionsgemeinschaften etc.)
  - BVerfG betritt hier Neuland - erst Beginn einer neuen Grundfragen-Diskussion
9. *Keine staatsanaloge Ausgestaltung der Demokratie in der Europäischen Union*
- da Union weiterhin nur "Verbund souveräner Staaten"
  - mit Vertrag von Lissabon entsteht *kein europäisches Volk* (im Sinne eines Staatsvolkes)
    - KRITIK: keine Auseinandersetzung mit der Existenz eines nichtstaatlichen europäischen Unionsvolkes und den daraus folgenden Anforderungen<sup>4</sup>
10. *Degressiv proportionale Sitzverteilung im Europäischen Parlament unvereinbar mit demokratischer Gleichheit*
- Art. 14 II EUV n.F. widerspricht Gleichheit der Wahl, die gleiche Erfolgchancen der Stimmen der Bürger aller Mitgliedstaaten fordert. Wahlgleichheit gehört zu den gemeinsamen Rechtsgrundsätzen der demokratischen europäischen Staaten; Bezug zur Menschenwürde
  - aufgrund dieses demokratischen Defizits kann sich *im Europäischen Parlament kein europäischer Mehrheitswille* (ab)bilden, der etwa eine europäische Regierung tragen könnte
  - *Wertungswiderspruch* zum Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit als zentraler Idee des Rechts der Europäischen Union
  - aber hinnehmbar, denn Union ist nur "Staatenverbund" und *Europäisches Parlament nach wie vor nur Vertretung der Völker der Mitgliedstaaten*; auf letztere bezieht sich die "repräsentative Demokratie" nach Art. 10 I EUV n.F.

### III. Fazit

- Urteil reflektiert die Schwächen der einseitig staatszentrierten "Staatenverbunds"-Doktrin
- "Stoppt den Europäischen Gerichtshof", "stoppt die Europäische Union" oder "stoppt das Bundesverfassungsgericht"?
- die Grenzen der supranationalen Integration und die Renaissance der Perspektive eines europäischen Bundesstaates

### Literaturauswahl

*Becker, Peter; Maurer, Andreas*: Deutsche Integrationsbremsen. Folgen und Gefahren des Karlsruher Urteils für Deutschland und die EU, SWP-Aktuell 41 (2009), [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6186](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6186)

*Calliess, Christian*: Das Ringen des Zweiten Senats mit der Europäischen Union: Über das Ziel hinausgeschossen ..., Zeitschrift für Europarechtliche Studien 2009, 505, [www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls\\_calliess/dateien/Beitrag\\_Calliess\\_-\\_ZEuS\\_4-2009.pdf](http://www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls_calliess/dateien/Beitrag_Calliess_-_ZEuS_4-2009.pdf)

*Folz, Hans Peter*: Demokratie und Integration: Der Konflikt zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof über die Kontrolle der Gemeinschaftskompetenzen, 1999

*Pernice, Ingo; Mayer, Franz C.*: Der Vertrag von Lissabon vor dem Bundesverfassungsgericht. Verfahrensdokumentation, WHI-Paper 05/2009, [www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf](http://www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf)

*Rossillo, Giulia*: The German Constitutional Court and the Future of European Unification, The Federalist LI (2009), Nr. 2, [www.euraction.org/federalist/ed2\\_09.htm](http://www.euraction.org/federalist/ed2_09.htm).

*Ruffert, Matthias*: An den Grenzen des Integrationsverfassungsrechts: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, Deutsches Verwaltungsblatt 2009, 1197

*Schorkopf, Frank*: Die Europäische Union im Lot - Karlsruhes Rechtsspruch zum Vertrag von Lissabon, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009, 718

*Terhechte, Jörg Philipp*: Souveränität, Dynamik und Integration - making up the rules as we go along? - Anmerkungen zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009, 724

Siehe außerdem die Beiträge von *Christoph Schönberger, Frank Schorkopf, Daniel Halberstam & Christoph Möllers, Christian Tomuschat, Alfred Grosser, Matthias Niedobitek, Christian Wohlfahrt* und *Philipp Kiiver* in: *German Law Journal* 10 (2009) Nr. 8, [www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8](http://www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8). Siehe allgemein zur Rechtsprechung der Verfassungsgerichte zur europäischen Integration *Schmitz, Thomas*: Rechtsprechung zur europäischen Integration, Schema 2, <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Lehre/Europa-Rechtsprechung.htm> sowie die Literaturliste unter [http://home.lanet.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz\\_EuRspr\\_Literatur\\_speziell.pdf](http://home.lanet.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz_EuRspr_Literatur_speziell.pdf).

<sup>4</sup> Siehe dazu *Schmitz*, Staatsvolk und Unionsvolk in der föderalen Supranationalen Union, in: Hertel (Herausgeber), Handbuch Föderalismus, 2009 [im Erscheinen].

## Vācijas Federālās Konstitucionālās tiesas (*Bundesverfassungsgericht*) spriedums par Lisabonas Līguma ratifikāciju Vācijā<sup>2</sup>

### I. Ievads

#### 1. Sprieduma nozīme

- viens no visstrīdīgākajiem konstitucionālās tiesas nolēmumiem konstitucionālo tiesību vēsturē Eiropā
- nozīmes mazināšana sakarā ar Conseil constitutionnel (Francija, 2008), Ústavní Soud (Čehija 2008, 2009) un Satversmes tiesas (2009) Lisabonas nolēmumiem, kuros daļēji atspoguļoti citi problēmjautājumi

#### 2. Priekšvēsture

- desmitiem gadu ilgs Federālās Konstitucionālās tiesas svārstīgais kurss starp labvēlīgo attieksmi un skepsi pret integrāciju<sup>3</sup>
- īpaši: 1993. gada Māstrihtas spriedums un 2005. gada nolēmums par Eiropas apcietināšanas orderi

#### 3. Fons

- konstitucionālās tiesības un konstitucionālās tiesas jurisdikcija starp domām par suverenitāti un integrēto valstiskumu
- konstitucionālās tiesas loma: speciālā tiesa konstitucionālo tiesību jautājumiem vai augstākais tiesiskais valsts sargs?
- problemātiskie jautājumi Eiropas Kopienu Tiesas praksē<sup>4</sup>
- trūkumi tiesību aktos un Eiropas Savienības uzbūvē
  - īpaši: integrācijas *deparlamentarizācija* un *valdības lomas palielināšanās*
  - īpaši: nevalstiska federatīva apvienība, taču centralizētāka nekā federāla valsts

### II. Saturs un analīze

#### 1. Turpmākās diskusijas par pamattiesību aizsardzību neesamība

#### 2. Katras Eiropas Savienības reformas aptverošas konstitucionāltiesiskas kontroles nodrošināšana

- *pilsoņa tiesības iesniegt konstitucionālo sūdzību* saskaņā ar Vācijas Pamatlikuma 38. panta pirmo daļu
  - par būtisku kompetenču nodrošināšanu Bundestāgam integrācijas gaitā
  - par pietiekamu Eiropas Savienības demokrātisku leģitimitāti
  - par Vācijas valstiskuma un valsts organizācijas principu ievērošanu integrācijas gaitā

#### 3. Vācija paliek suverēna valsts ar suverenu valsts varu, savu valsts teritoriju un tautu

- īpaši Eiropas Savienībai netiek nodota kompetenču-kompetence

#### 4. Labvēlīguma pret Eiropas Savienības tiesībām princips

- ar vairāk vai mazāk Eiropas Savienības tiesībām labvēlīgu konkretizāciju

#### 5. Kompetences piešķiršanas principa (= noteiktu pilnvaru piešķiršanas principa) uzsvēršana (ESL 5. panta pirmā un otrā daļa jaunajā redakcijā)

- "aizsardzības mehānisms dalībvalstu atbildības nodrošināšanai", "(Eiropas) Savienības varas konstitucionāl-tiesiskais pamatojums līgumā"

#### 6. "Piešķiršanas" likuma [*"Zustimmungsgesetz"*], nepieciešamība saskaņā ar Vācijas Pamatlikuma 23. panta pirmās daļas otro teikumu:

- a) ja vienkāršotas pārskatīšanas procedūras un „laipas procedūras” [*"Brückenverfahren"*] ietvaros tiek pieņemti autonomi līguma grozījumi (īpaši: saskaņā ar ESL 48. panta sesto, septīto daļu jaunajā redakcijā, ESDL 81. panta trešo daļu);
- b) ja tiek izmantota ar Lisabonas Līgumu paplašinātā elastīguma klauzula (ESDL 352. pants)
  - bez šāda likuma Federālā valdība nedrīkst piekrist šādiem Padomes, respektīvi, Eiropadomes pasākumiem
  - līdz ar to elastīguma klauzulas faktiskā darbība attiecībā uz Vāciju tiek atcelta

#### 7. (Eiropas) Savienības tiesību aktu *konstitucionāltiesiska ultra-vires kontrole*

- papildus konstitūcijas identitātes ievērošanas kontrolei integrācijas gaitā (identitātes kontrole)
- sasaistīšana ar Māstrihtas spriedumu, neanalizējot visaptverošo kritiku zinātnē

<sup>1</sup> Tulkojumu no vācu valodas veica *Jūlija Kolomijceva*.

<sup>2</sup> Federālās Konstitucionālās tiesas 2009. gada 30. jūnija spriedums, 2 BvE 2/08 un citi, BVerfGE 123 (= Federālās Konstitucionālās tiesas spriedumi, oficiāls apkopojums, 123. sējums), [www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630\\_2bve000208.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html) un [/es20090630\\_2bve000208en.html](http://es20090630_2bve000208en.html) (tulkojums angļu valodā).

<sup>3</sup> Par šo jautājumu skat. manu priekšlasījumu 2007. gada 16. novembra simpozijā "Vācijas Federālās Konstitucionālās tiesas (*Bundesverfassungsgericht*) prakse par Vācijas piedalīšanos Eiropas integrācijas procesā".

<sup>4</sup> Par šo jautājumu skat. manus 2008. gada 28. novembra simpozija materiālus "Apstādiniet Eiropas Kopienu tiesu"? Par robežām 'paklausībai' Eiropas jurisdikcijai", II daļa un IV.2 daļa.

- Federālās Konstitucionālās tiesas iesaistīšanās jau "acīmredzamu [pilnvaru] robežu pārkāpuma" gadījumā  
- IEBILDUMS: EKT ekskluzīvās kompetences pārbaudīt tiesību aktus un tās privilēģijas uz autoritatīvu kļūdu neievērošana – iesaistīšanās tikai tad, ja tiek pārkāpts patvaļas "sliekšnis"!<sup>4</sup>
  - tikai Federālās Konstitucionālās tiesas iesaistīšanās  
- IEBILDUMS: iekļaušanās specializēto tiesu kompetencē nacionālajā līmenī – Konstitucionālā tiesa nav augstākais tiesiskais valsts sargs!
  - ASA KRITIKA tiesību zinātnē; tiek prasīts grozīt Federālās Konstitucionālās tiesas likumu
8. *Suverenitātes nodošanas robežas, kas izriet no demokrātijas principa*
- = supranacionālās integrācijas robežas; jau pirms robežām, kas izriet no valsts suverenitātes saglabāšanas
  - dalībvalstīm jā saglabā pietiekamas pilnvaras, lai tās varētu politiski veidot ekonomiskās, kultūras un sociālās dzīves attiecības
  - problēmātiskās jomas: krimināltiesības, bruņoto spēku mobilizēšana, pamatlēmumi par valsts ieņēmumiem, izdevumiem un kredītu ņemšanu, būtiski lēmumi sociālās politikas jomā, īpaši nozīmīgi lēmumi kultūras jomā (valoda, skolu un izglītības sistēma, ģimenes tiesības, attieksme pret reliģiskām kopienām utt.)
  - Federālā Konstitucionālā tiesa šeit atklāj "jaunas zemes" – tikai sākums jaunai diskusijai par būtiskiem jautājumiem
9. Demokrātijas principa īstenošana Eiropas Savienībā nav analoga tā īstenošanai valstī
- jo Savienība joprojām ir tikai "suverēnu valstu apvienība"
  - ar Lisabonas Līgumu netiek radīta *Eiropas tauta* (līdzīgi izpratnei par valsts tautu)  
- KRITIKA: netiek analizēta ne-valstiskas Eiropas (Savienības) tautas pastāvēšana un no tās izrietošās prasības<sup>5</sup>
10. *Degresīvi proporcionālā vietu sadale Eiropas Parlamentā nesaderīga ar demokrātisko vienlīdzību*
- ESL 14. panta otrā daļa jaunajā redakcijā ir pretrunā ar vienlīdzīgu vēlēšanu principu, kas prasa visu dalībvalstu pilsoņu balsīm vienlīdz veiksmīgas izredzes. Vienlīdzīgu vēlēšanu princips ir viens no Eiropas demokrātisko valstu kopīgajiem vispārējiem tiesību principiem; saistība ar cilvēka cieņu
  - ņemot vērā šādu demokrātijas deficītu, *Eiropas Parlamentā* nevar veidoties *Eiropas vairākuma griba*, kuras nesējs varētu būt Eiropas valdība
  - *pretruna ar diskriminācijas aizliegumu pilsonības dēļ*, kas ir Eiropas Savienības tiesību centrālā ideja
  - bet tā ir pieļaujama, jo Eiropas Savienība ir tikai "valstu apvienība" un *Eiropas Parlaments joprojām ir dalībvalstu tautu pārstāvis*; uz pēdējo attiecas "pārstāvnieciskā demokrātija" saskaņā ar ESL 10. panta pirmo daļu jaunajā redakcijā

### III. Secinājumi

- Spriedums atspoguļo vājas puses "valsts apvienības" doktrīnā, kas kocentrējas tikai uz valsti kā institūciju
- "Apstādiniet Eiropas Kopienu Tiesu", "apstādiniet Eiropas Savienību" vai "apstādiniet Federālo Konstitucionālo tiesu"?
- pārnacionālās integrācijas robežas un Eiropas Federatīvās valsts perspektīvas renesanse

### Norāde uz literatūru

*Becker, Peter; Maurer, Andreas*: Deutsche Integrationsbremsen. Folgen und Gefahren des Karlsruher Urteils für Deutschland und die EU, SWP-Aktuell 41 (2009), [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6186](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6186)

*Calliess, Christian*: Das Ringen des Zweiten Senats mit der Europäischen Union: Über das Ziel hinausgeschossen ..., Zeitschrift für Europarechtliche Studien 2009. gads, 505. lpp., [www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls\\_calliess/dateien/Beitrag\\_Calliess\\_-\\_ZEuS\\_4-2009.pdf](http://www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls_calliess/dateien/Beitrag_Calliess_-_ZEuS_4-2009.pdf)

*Folz, Hans Peter*: Demokratie und Integration: Der Konflikt zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof über die Kontrolle der Gemeinschaftskompetenzen, 1999. gads.

*Pernice, Ingo; Mayer, Franz C.*: Der Vertrag von Lissabon vor dem Bundesverfassungsgericht. Verfahrensdokumentation, WHI-Paper 05/2009, [www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf](http://www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf)

*Rossolillo, Giulia*: The German Constitutional Court and the Future of European Unification, The Federalist LI (2009), Nr. 2, [www.euraction.org/federalist/ed2\\_09.htm](http://www.euraction.org/federalist/ed2_09.htm).

*Ruffert, Matthias*: An den Grenzen des Integrationsverfassungsrechts: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, Deutsches Verwaltungsblatt, 2009. gads, 1197. lpp.

*Schorkopf, Frank*: Die Europäische Union im Lot - Karlsruhes Rechtsspruch zum Vertrag von Lissabon, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009. gads, 718. lpp.

*Terhechte, Jörg Philipp*: Souveränität, Dynamik und Integration - making up the rules as we go along? - Anmerkungen zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, 2009. gads, 724. lpp.

Skat. arī *Christoph Schönberger, Frank Schorkopf, Daniel Halberstam & Christoph Möllers, Christian Tomuschat, Alfred Grosser, Matthias Niedobitek, Christian Wohlfahrt un Philipp Küver* rakstus: *German Law Journal* 10 (2009) Nr. 8, [www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8](http://www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8). Skat. vispārīgu informāciju par konstitucionālo tiesu praksi Eiropas integrācijas jautājumos *Schmitz, Thomas*: Tiesu prakse Eiropas integrācijas jautājumos, 2. shēmu, <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Lehre/Europa-Rechtsprechung.htm>, kā arī literatūras sarakstu: [http://home.lanet.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz\\_EuRspr\\_Literatur\\_speziell.pdf](http://home.lanet.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz_EuRspr_Literatur_speziell.pdf).

<sup>5</sup> Par šo jautājumu skat. *Schmitz*, Staatsvolk und Unionsvolk in der föderalen Supranationalen Union, grām.: Hertel (izdevējs), Handbuch Föderalismus, 2009 [iznāks drīzumā].

## The judgement of the Bundesverfassungsgericht (Federal Constitutional Court) concerning the ratification of the Treaty of Lisbon in Germany<sup>1</sup>

### I. Introduction

1. The significance of the judgement
  - one of the most controversial judgements in European constitutional history
  - however, it must be seen in perspective with the Lisbon judgements of the Conseil constitutionnel (France 2008), Ústavní Soud (Czech Republic 2008, 2009) and Satversmes tiesa (2009), which focus partially differently
2. Previous history
  - the FCC has been alternating for decades between an integration-friendly and an integration-sceptical approach<sup>2</sup>
  - see in particular the Maastricht judgement of 1993 and the European Arrest Warrant decision of 2005
3. Backgrounds
  - constitutional law and constitutional courts between the dogma of sovereignty and integrated statehood
  - the role of the constitutional court: a specialised court for constitutional matters or the supreme guardian of the rule of law?
  - problematic elements in the jurisprudence of the European Court of Justice<sup>3</sup>
  - deficiencies in the law and architecture of the European Union
    - in particular: the phenomenon of *deparliamentarisation and governementalisation* in the integration process
    - in particular: a federal organisation that is not a state but more centralised than many a federal state

### II. Contents and analyses

1. No further discussion of the problem of the protection of fundamental rights
2. Ensuring a comprehensive constitutional review of any reform of the Union
  - *a right of the citizen* under art. 38(1) BL, *enforceable by constitutional complaint*
    - that the Bundestag will retain substantial competences in the process of integration
    - that the Union will be sufficiently democratically legitimised
    - that the German statehood and the fundamental constitutional principles will be preserved in the process of integration
3. Germany will remain a sovereign state with sovereign state authority, state territory and state people
  - in particular, the competence of competences is not transferred to the Union
4. Principle of the openness towards European law ["Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit"]
  - substantiated in a more or less "open" way...
5. Stressing the principle of conferral (= principle of specific attribution of powers, art. 5(1, 2) EU Treaty [new version])
  - "mechanism of protection to preserve the Member States' responsibility", "expression of the foundation of Union authority in the constitutional law of the Member States"
6. Necessity of an approving act pursuant to art. 23(1) phrase 2 BL
  - a) for autonomous amendments to the Treaties in the simplified treaty revision procedure and the bridging procedure (in particular under art. 48(6, 7) EU Treaty [new version], 81(3) FEU Treaty);
  - b) for making use of the flexibility clause, as extended by the Treaty of Lisbon (art. 352 FEU Treaty)
    - without this approving act the Federal Government must not consent to such measures in the Council resp. the European Council
    - thus, the flexibility clause is practically repealed with regard to Germany
7. *Ultra vires* review of the Union's legal acts by the Federal Constitutional Court
  - in addition to the review aiming to preserve constitutional identity in the process of integration ("identity review")
  - FCC continues the ideas of the Maastricht judgement without considering the comprehensive criticism in science
  - FCC will intervene in case of apparent transgressions of the boundaries ["ersichtliche Grenzüberschreitungen"<sup>4</sup>]
    - OBJECTION: disregard of the exclusive jurisdiction of the ECJ, which includes the the *privilege of authoritative misconception* [Privileg des autoritativen Irrtums] - no intervention below the threshold of arbitrariness!<sup>3</sup>

<sup>1</sup> FCC, judgement of June 30, 2009, 2 BvE 2/08 and others, BVerfGE 123 = Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (decisions of the Federal Constitutional Court, official reports), 123<sup>rd</sup> volume, [www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630\\_2bve000208.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html) and [/es20090630\\_2bve000208en.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208en.html) (English translation).

<sup>2</sup> See the summary of my lecture "The Jurisprudence of the Bundesverfassungsgericht (Federal Constitutional Court) concerning the participation of Germany in the process of European integration" at the symposium of November 16, 2007.

<sup>3</sup> See the summary of my lecture "'Stop the European Court of Justice'? On the limits of obedience to the European Courts" at the symposium of November 28, 2008, part II resp. IV.2.

- only the Federal Constitutional Court is entitled to intervene
    - OBJECTION: encroachment on the domestic jurisdiction of the ordinary courts - a constitutional court is not the supreme guardian of the rule of law!
  - SEVERE CRITICISM in legal science; scholars and judges propose amendment to Federal Constitutional Court Act
8. *Limits to the transfer of competences deriving from the principle of democracy*
- = limits to supranational integration, prior to those deriving from the safeguard of the sovereignty of the state
  - member states must retain sufficient room for the political formation of the economic, cultural and social circumstances of life.
  - problematic areas: criminal law, deployment of the armed forces; fundamental decisions on public revenue, public expenditure and external financing, essential decisions on social policy, decisions of major cultural significance (as regards language, school and education system, family law, the dealing with religious communities etc.)
  - FCC enters new ground - this is just the beginning of a new fundamental discussion
9. Democracy of the European Union not to be shaped in analogy to that of a state
- since the Union is further on just an "association of sovereign states"
  - Treaty of Lisbon does *not* create a *European people* (in the sense of a people of a state)
    - CRITICISM: FCC does not consider the existence of a European people of the Union (which is not a people of a state) and the resulting consequences<sup>5</sup>
10. *Degressively proportional representation in the European Parliament incompatible with democratic equality*
- Art. 14(2) EU Treaty (new version) contradicts the principle of electoral equality, which requires the equality of opportunities of success of the votes of the citizens of all member states. This principle belongs to the legal principles which are common to all democratic European states; connection to human dignity
  - due to this deficit, the *European Parliament cannot reflect a European majority will* that might, for instance, support a European government
  - with relation to the prohibition of discrimination on grounds of nationality, which forms a central idea of European Union law, this represents a *discrepancy in valuation*
  - it is, however, acceptable, since the Union is just an association of sovereign national states ["Staatenverbund"] and the *European Parliament still represents the peoples of the member states*; the "representative democracy" pursuant to art. 10(1) EU Treaty (new version) relates to the peoples of the member states

### III. Conclusion

- the judgement reflects the flaws of the "Staatenverbund" doctrine that focusses lopsidedly on the states
- "Stop the European Court of Justice", "stop the European Union" or "stop the Federal Constitutional Court"?
- the limits to supranational integration and the renaissance of the perspective of a European federal state

### Further reading

*Becker, Peter; Maurer, Andreas*: Deutsche Integrationsbremsen. Folgen und Gefahren des Karlsruher Urteils für Deutschland und die EU, SWP-Aktuell 41 (2009), [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6186](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6186)

*Calliess, Christian*: Das Ringen des Zweiten Senats mit der Europäischen Union: Über das Ziel hinausgeschossen ..., Zeitschrift für Europarechtliche Studien 2009, 505, [www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls\\_calliess/dateien/Beitrag\\_Calliess\\_-\\_ZEuS\\_4-2009.pdf](http://www.jura.fu-berlin.de/einrichtungen/we3/professoren/ls_calliess/dateien/Beitrag_Calliess_-_ZEuS_4-2009.pdf)

*Folz, Hans Peter*: Demokratie und Integration: Der Konflikt zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof über die Kontrolle der Gemeinschaftskompetenzen, 1999

*Pernice, Ingolf; Mayer, Franz C.*: Der Vertrag von Lissabon vor dem Bundesverfassungsgericht. Verfahrensdokumentation, WHI-Paper 05/2009, [www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf](http://www.whi-berlin.de/documents/whi-paper0509.pdf)

*Rossillo, Giulia*: The German Constitutional Court and the Future of European Unification, The Federalist LI (2009), no. 2, [www.euraction.org/federalist/ed2\\_09.htm](http://www.euraction.org/federalist/ed2_09.htm).

*Ruffert, Matthias*: An den Grenzen des Integrationsverfassungsrechts: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, Deutsches Verwaltungsblatt 2009, 1197

*Schorkopf, Frank*: Die Europäische Union im Lot - Karlsruhes Rechtsspruch zum Vertrag von Lissabon, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009, 718

*Terhechte, Jörg Philipp*: Souveränität, Dynamik und Integration - making up the rules as we go along? - Anmerkungen zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 2009, 724

See also the contributions of *Christoph Schönberger, Frank Schorkopf, Daniel Halberstam & Christoph Möllers, Christian Tomuschat, Alfred Grosser, Matthias Niedobitek, Christian Wohlfahrt and Philipp Kiiver* in: *German Law Journal* 10 (2009) no. 8, [www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8](http://www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=2&vol=10&no=8). Concerning the jurisprudence of the constitutional courts on European integration in general, see *Schmitz, Thomas*: Jurisprudence on European integration, Diagram 2, <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Lehre/Jurisprudence-on-integration-2.htm> and the bibliography at [http://home.lu.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz\\_EuJurispr\\_special\\_bibliography.pdf](http://home.lu.lv/~tschmit1/Downloads/Schmitz_EuJurispr_special_bibliography.pdf).

(Datei: BDHK-Symposium\_11-12-2009\_Schmitz2)

<sup>4</sup> Note: The English translation of the judgement uses the term "obvious transgressions of the boundaries" that is not precisely correct. "Obvious" means "offensichtlich", but the German term "ersichtlich" serves to indicate a degree of certainty, which is considerably lower.

<sup>5</sup> Cf. *Schmitz*, Staatsvolk und Unionsvolk in der föderalen Supranationalen Union, in: Hertel (editor), *Handbuch Föderalismus*, 2009 [coming soon].